

# CARSTEN LINNEMANN »DIE TICKEN DOCH NICHT RICHTIG!«

Warum Politik neu  
denken muss



**HERDER**

Carsten Linnemann

# „Die ticken doch nicht richtig!“

Warum Politik neu denken muss

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2022  
Alle Rechte vorbehalten  
[www.herder.de](http://www.herder.de)

Umschlaggestaltung: Gestaltungssaal, Rohrdorf  
Umschlagmotiv: © 360b / shutterstock  
E-Book-Konvertierung: ZeroSoft, Timișoara

ISBN (Print): 978-3-451-39087-6  
ISBN (EPUB): 978-3-451-82851-5  
ISBN (PDF): 978-3-451-82852-2

## **Kapitel 1**

### **In der Politik: Das hatte ich mir anders vorgestellt!**

## **Kapitel 2**

### **Der unfähige Staat: Begegnungen mit der Realität**

Eigeninitiative und Unternehmergeist werden abgewürgt

Fachkräfte gehen lieber woanders hin

Schulen können ihren Bildungsauftrag nicht erfüllen

Polizei und Bundeswehr in der Krise

Deutschland nah am Verwaltungsbankrott

Ein Land erstickt an sich selbst

## **Kapitel 3**

### **Eine bequeme Partei: Die CDU in der Komfortzone**

„Es läuft ja“

Fehlendes Profil

Fehlende Geschlossenheit

Fehlende Debattenkultur

Die Sorge vor dem Koalitionsbruch

Die Machtverschiebung weg vom Parlament

## **Kapitel 4**

### **Einfach mal machen: 15 Ideen für den großen Wurf**

Föderalismusreform von unten: Pilotregionen einführen

Nur noch zweimal Bundeskanzler: Amtszeitbegrenzung für Spitzenmandate

Den eigenen Gürtel enger schnallen: Den Bundestag erheblich verkleinern

Klimaschutz richtig machen: Globalen Emissionshandel einführen

Schluss mit der Geldschwemme: Die EZB muss die Inflation bekämpfen und sonst nichts

Sozialausgaben gerechter verteilen: Sozialstaatsbremse einführen

Kein digitaler Flickenteppich mehr: Endlich ein Digitalministerium einführen

Schluss mit überzogenem Datenschutz: Einheitliche Datennutzungsbehörde schaffen

Rechtsstaat überall! Null Toleranz gegenüber Kriminellen und Verfassungsfeinden

Der Staat ist keine Bestellplattform: Ein Gesellschaftsjahr einführen

Europa fit für den Systemwettbewerb machen: Die EU auf Kernaufgaben konzentrieren und einen Markt der Freiheit schaffen

Bildung zu einer nationalen Aufgabe machen: Jedes Schulkind muss Deutsch können

Weniger Beamte! Beamtenstatus auf hoheitliche Aufgaben beschränken

Staatsgläubigkeit wieder ablegen: Staatsbeteiligungen beschränken

Mehr Information, weniger Verwaltung: Öffentlichrechtlichen Rundfunk reformieren

Nachtrag: Mehr Streitkultur wagen

## **Kapitel 5**

**In der Politik: So stelle ich mir das vor!**

**Dank**

## Über den Autor

# Kapitel 1

## In der Politik:

### Das hatte ich mir anders vorgestellt!

Deutschland im Spätfrühling 2021. Der quälende Streit zwischen Armin Laschet und Markus Söder, wer Kanzlerkandidat werden soll, war endlich beigelegt. Mir war klar, der anstehende Bundestagswahlkampf würde nach 16 Regierungsjahren hart werden. Ich wollte vorher noch einmal raus aus dem politischen Betrieb und kräftig durchschnaufen.

Also machte ich mich auf den Weg in den Süden Deutschlands. Ein paar Tage Ayurveda. Ein Bekannter schwärmte mir davon seit Jahren vor („Da bekommst du den Kopf richtig frei“). Die Tage hatten es dann in sich. Sehr viel Ruhe – von jetzt auf gleich. Von der Überholspur auf den Rastplatz.

Richtig frei wurde es in meinem Kopf nicht. Aber die Themen, über die ich nachdachte, veränderten sich: Schnell kam ich bei den grundsätzlichen Fragen an, also all jenen, für die im Tagesgeschäft keine Zeit blieb. Wie stelle ich mir – wenn alles gut läuft – die zweite Hälfte meines beruflichen Lebens vor? Warum bin ich eigentlich in die Politik gegangen? Was habe ich erreicht? Und was kann ich noch erreichen? Kann ich überhaupt noch was erreichen?

Bald war ich mit den Gedanken am Anfang meines Berufslebens, dann in der Kindheit. In meiner Familie wurde Anstrengung immer großgeschrieben. Meine Eltern hatten mehr als 40 Jahre lang eine

Buchhandlung in Paderborn. Mein Bruder Marcus und ich halfen dort schon in jungen Jahren als „Laufjungen“ aus. Wir mussten Bücher austragen, zur Post gehen oder andere Botengänge machen. Meine Eltern haben viel gearbeitet. Tagsüber in der Buchhandlung, nachts wurden Überweisungen geschrieben und der restliche Bürokratismus erledigt. So war das damals.

Meine Mutter war Buchhändlerin durch und durch. Sie kam aus einer Bauernfamilie, arbeitete früh als Hauswirtschafterin. Sie las gern und viel. Und es machte ihr Freude, anderen Menschen den Spaß am Lesen zu vermitteln. Insbesondere Kindern. Das war genau ihr Ding.

Mein Vater war der klassische Unternehmertyp. Er sah in jedem Risiko eine Chance. Er kam aus armen Verhältnissen und arbeitete nach der Mittleren Reife in einem Kiosk. Das machte ihn nicht glücklich. Deshalb ließ er sich zum Buchhändler ausbilden. 1977 eröffnete er in einem Paderborner Kaufhaus seine erste Buchhandlung. Alle rieten ihm davon ab, mit dem Laden in ein Kaufhaus zu gehen. Wer kauft denn dort Bücher? Er zog es trotzdem durch. Und hatte Erfolg. Er suchte ständig nach neuen Herausforderungen, um erfolgreich zu bleiben. Als Amazon versprach, bestellte Bücher innerhalb von 24 Stunden zu verschicken, war auch das für ihn ein Anreiz. Er stellte kurzerhand Studenten ein, die mit Fahrrädern schneller als der US-Konzern waren.

Wer hat mich im Job besonders geprägt? Natürlich Norbert Walter, dessen Assistent ich bei der Deutschen Bank war, nachdem ich mein Studium beendet hatte. Walter, der viel zu früh gestorben ist, hat den Titel „Chefvolkswirt“ wie kein anderer geprägt. Er hatte analytischen Scharfsinn und sagte immer seine Meinung, ganz egal,



was der Vorstandsvorsitzende darüber dachte oder lieber gehört hätte. Walters Geradlinigkeit imponierte mir. Von der Deutschen Bank ging ich zur IKB nach Düsseldorf. Dort musste ich erleben, wie eine Bank ganz schön ins Schleudern geraten kann, wenn sich Investmentbanker verzocken. Ein Erlebnis, auf das ich gern verzichtet hätte. Trotzdem will ich diese Erfahrung nicht missen.

Politisch war ich immer aktiv. Erst in der Jungen Union, dann im Rat meiner Heimatgemeinde Altenbeken und schließlich im Paderborner Kreisvorstand der CDU. Als ich 2009 in den Bundestag einzog, war ich voller Elan. Ich wollte Deutschland verändern, ganz schnell und umfassend. Ich wollte Pflöcke einschlagen, genau wie meine drei Vorbilder es jeweils auf ihre Art getan hatten: mein Vater Antonius, Norbert Walter und Ludwig Erhard, der Vater des deutschen Wirtschaftswunders.

Bald musste ich erfahren, dass ich mit meinem Elan allein in Berlin nicht durchkam. Dass es dicke Bretter sind, die man in Berlin bohren muss, war mir klar. Aber dass die Bretter häufig nur bemalt werden, weil der Mut zum Bohren fehlt – das war mir nicht klar.

Damit ziele ich gar nicht auf andere Politiker oder Parteien, schließlich waren wir – die Union – 16 Jahre ununterbrochen an der Regierung. Für mich stellt sich einfach die Frage, ob unser Land überhaupt noch in der Lage ist, unser Niveau zu halten, ob wir noch die Kraft für echte Reformen haben. Wobei ich damit nicht nur den politischen Betrieb meine, sondern unsere gesamte Verwaltungs- und Behördenstruktur, die Justiz, das Schulwesen, die öffentliche Infrastruktur, um nur einige Eckpfeiler zu nennen.

Immer wieder frage ich mich: Ist dieses System mittlerweile so komplex, so intransparent und so stark verkrustet, dass sich die Strukturen nicht mehr aufbrechen lassen? Und warum tun wir uns

mit diesen notwendigen Veränderungen so schwer? Wenn nur noch Bedenkenträger, Zauderer und Bürokraten in diesem Land Oberwasser haben, dann sind wir so weit von Aufbruch, Reform und Erneuerung entfernt wie mein Heimatverein, der TuS Egge Schwaney, vom Gewinn der Champions League.

Wo ist er hin, der Geist, der meinen Vater, Norbert Walter und auch Ludwig Erhard beseelte? Ich erinnere mich noch genau, mit welchem Gefühl des Aufbruchs ich den CDU-Parteitag in Leipzig im Dezember 2003 verließ, auf dem Angela Merkel die vielleicht beste Rede ihres Lebens hielt, in der sie der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder die Leviten las: „Wir können mehr. Deutschland kann mehr. Zeigen wir, was in diesem Land steckt. Setzen wir die Kräfte des Aufbruchs frei. Geben wir diesem Land, was es verdient.“

Die CDU wollte mit Reformen Deutschland auf Vordermann bringen. Es ging um den legendären Bierdeckel von Friedrich Merz, auf den eine Steuererklärung passen sollte. Es ging um Eigenverantwortung im Gesundheitssystem. Ich fuhr begeistert zurück nach Chemnitz, wo ich zu der Zeit an der Uni am Lehrstuhl für Makroökonomie arbeitete. Ich hatte das Gefühl, dass die CDU – entschlossen wie nie – tiefgreifende Veränderungen will.

Auch ich wollte zu diesen Veränderungen beitragen und Pflöcke einschlagen. Das habe ich dann auch gemacht. Doch ich muss zugeben: Es waren nur kleine. So konnte ich unter anderem meine Idee der Flexirente umsetzen, die längeres, freiwilliges Arbeiten attraktiver macht. Ich konnte auch dazu beitragen, dass der Meisterbrief im Handwerk wieder eingeführt und die kalte Progression abgeschafft wurde, was Millionen Steuerzahler finanziell entlastet hat.

Aber wenn ich ehrlich bin – ich wollte viel mehr. Ich wollte echte Reformen. Und zwar so richtig große, die strukturell greifen und unserem Land neuen Schwung verleihen. Doch anstatt über Zukunft, Aufbruch und Dynamik haben wir in all den Jahren, in denen ich im Bundestag bin, eigentlich immer nur über Krisen geredet und darüber, wie man sie in den Griff kriegt: erst über die Finanz- und Eurokrise, dann über die Flüchtlingskrise und wenig später über die Coronakrise. Krisenbewältigung wurde zum Tagesgeschäft, der Krisenmodus zum politischen Normalfall. Und das Tagesgeschäft band alle Kräfte.

Und jetzt sind wir noch eine Umdrehung weiter. Der Ukrainekrieg ist jenseits dessen, was wir uns in Deutschland überhaupt vorstellen konnten. Erstmals seit mehr als 70 Jahren erlebt Europa einen Angriffskrieg, eine militärische Auseinandersetzung, die alle unsere vermeintlichen Gewissheiten von einem gesicherten Frieden in Europa vernichtet hat.

Der Krieg bringt Auswirkungen mit sich, die jüngere Generationen nur aus Geschichtsbüchern kennen. Die Inflation steigt in ungeahnte Höhen. Die grundlegend falsche Zinspolitik der Europäischen Zentralbank entpuppt sich als Unsinn mit hohen Risiken für Deutschland und am Ende für die ganze Eurozone. Nachdem insbesondere die Preise für Energie- und Lebensmittelpreisen explodierten, begann die Debatte, wie den sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft geholfen werden kann. Dass sich Deutschland von russischem Erdgas abhängig gemacht hat, erwies sich als Verhängnis.

Kurzum: Die Politik geriet durch den russischen Krieg gegen die Ukraine in den nächsten Krisenmodus. Sie musste reagieren, ihr blieb keine andere Wahl. Denn in der Auseinandersetzung mit dem

Kreml ging und geht es um Substanzielles, um die Zukunft unseres Landes, um unsere Demokratie, um die künftige Sicherheitsarchitektur in Europa und in der Welt. Aber sollte Krisenmodus wieder einmal bedeuten, dass wir uns erneut in einem politischen Tunnel bewegen und alles andere liegen lassen? Dass wir es wieder versäumen, an all das heranzugehen, was wir an Herausforderungen und Problemen schon seit Jahren vor uns herschieben?

Das darf nicht sein. Wenn ich nur an den Zustand unserer sozialen Sicherungssysteme denke. Das System droht schon bald zu erodieren. Wir geben immer mehr Mittel ins Gesundheitssystem und beim Patienten kommt immer weniger an. Bei der Rente ist die Finanzierungslücke heute schon riesig, obwohl die geburtenstarken Jahrgänge erst in den nächsten Jahren in Rente gehen. Seit Jahren sehen wir das Dilemma, seit Jahren lamentieren wir in der Politik darüber. Nur: Es passiert nichts. Wo auch immer richtig angepackt werden müsste: Es bewegt sich einfach zu wenig. Die Republik scheint wie erstarrt. Lethargie macht sich breit. Warum gelingt es der Politik nicht mehr, über die Tagespolitik hinaus zu denken und zu agieren?

Auf einer Klausurtagung des CDU-Bundesvorstandes in Hamburg im Januar 2016 ergab sich eine gute Gelegenheit, dieser Frage auf den Grund zu gehen. Wir diskutierten darüber. Ich wollte von der damaligen Bundeskanzlerin wissen, wie sie die heftige Aneinanderreihung von Krisen eigentlich mental durchhält. Angela Merkel antwortete, dass sie sich vor allem im Heute bewegen müsse. Die nächsten Politikergenerationen müssten die kommenden Herausforderungen angehen. Ich konnte sie menschlich sehr gut

verstehen. Doch wo soll das hinführen, wenn wir immer nur Politik für das Heute machen?

Seit diesem Gespräch setze ich mich für eine Verlängerung der Wahlperiode von vier auf fünf Jahre ein, damit langfristigeres Denken im Bundestag einzieht und nicht ständig auf die nächste Wahl geschielt wird. Aber es muss sich viel mehr verändern. Wir brauchen in Deutschland einen neuen Geist der Veränderungsbereitschaft und nicht einen der Verzagtheit. Die Devise muss lauten: Einfach mal machen!

Die Coronakrise hat gnadenlos offengelegt, was hierzulande alles schiefgelaufen ist und noch schiefläuft. Bei uns stehen die Faxgeräte nicht nur in den Museen, sondern auch in den Gesundheitsämtern. Viele Schulen waren damit überfordert, den Unterricht per Videoschleife zu organisieren. In einigen Ämtern stapelten sich Bauanträge und Zulassungsbescheide, weil die zuständigen Bearbeiter im Homeoffice keinen vollständigen Zugriff auf alle Unterlagen und Systeme hatten. Von den Staus in Sachen Bearbeitung von Bürgeranliegen wie Ausstellung neuer Personalausweise ganz zu schweigen.

Bürger, mit denen ich in dieser Zeit sprach, hatten für die Versäumnisse kein Verständnis mehr. Warum sollten sie auch? Sie erlebten während der Pandemie monatelang Streit über Schutzmaßnahmen. Sie erlebten unklare Zuständigkeiten, niemand wollte Verantwortung übernehmen, dazu ein Wust an Auflagen und Regelungen, die sich zum Teil ständig änderten und – noch schlimmer – widersprachen. So kann man eine Krise nicht stemmen. „Ihr tickt doch nicht richtig!“ war noch die netteste Wutmail, die ich als Politiker zu diesem Durcheinander bekam.

Das hatte aber auch seine gute Seite: Die Coronakrise hat wirklich jedem klargemacht, dass es so nicht weitergehen kann. Landauf und landab ist eine größer werdende Bereitschaft zu Veränderung und Neuerung festzustellen. Einen solchen Moment gab es zuletzt vor etwa zwei Jahrzehnten. Er führte zur Agenda 2010. Deutschland stand mit dem Rücken zur Wand. Damals war den meisten bewusst, dass die Arbeitslosenzahlen nicht noch weiter steigen dürfen, dass wir Reformen brauchen, um das Blatt zu wenden.

Jetzt geht es nicht nur darum, mutige Erneuerungen umzusetzen. Wir müssen tiefer gehen, wenn wir in Zukunft in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben wollen. Denn der Krieg gegen die Ukraine führt uns mehr denn je vor Augen, dass wir viel abhängiger sind vom Weltgeschehen, als es viele dachten. Ob es den Energie-, Chip- oder Mineralienbereich betrifft – wir sind abhängig ohne Ende.

Kurzum: Deutschland muss jetzt die Weichen zu jener großen Staatsreform stellen, die vor nichts Halt macht. Mir ist klar, dass das ein enormer Kraftakt wird. Und ich bin auch nicht sicher, ob er gelingt. Aber ich sehe es als letzte Chance für unser Land und unsere Zukunft.

Zur besseren Lesbarkeit wird in diesem Buch auf eine konsequente Aufzählung beider Geschlechter verzichtet. Gemeint sind bei allgemeinen Personenbezügen jedoch stets beide Geschlechter.

# Kapitel 2

## Der unfähige Staat: Begegnungen mit der Realität

Ich muss zugeben, dass mir bei der Recherche für dieses Buch, vor allem aber auch bei den Gesprächen, die ich mit Bürgern überall in Deutschland geführt habe, immer wieder ein sehr bedrückendes Wort in den Sinn kam: Staatsversagen. Viele Gesprächspartner berichteten mir von Erlebnissen und Erfahrungen, die mit der Dysfunktionalität in Teilen des Staates zu tun haben. Die Liste der Versäumnisse und Blamagen ist lang – und sie wird absehbar länger. Und dabei geht es um das Ansehen des Staates und seiner Institutionen und damit um den Erhalt unserer Demokratie.

Die Justiz ist überlastet: Verfahren dauern Ewigkeiten, Ermittlungen müssen wegen Verjährung eingestellt werden. Die Bundeswehr ist nur bedingt abwehrfähig. Der Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur ist gewaltig: bröckelnde Brücken und Autobahnen, sanierungsbedürftige Bildungseinrichtungen, fehlende Digitalisierung in den Verwaltungen.

Zum traurigen Symbol für die Unfähigkeit unserer staatlichen Strukturen wurde der Bau des Großflughafens Berlin-Brandenburg. Die ersten Arbeiten erfolgten im Herbst 2006, der Flugbetrieb sollte fünf Jahre später starten. Sieben Mal wurde der Eröffnungstermin neu angesetzt. Vor der Planung waren die Baukosten mit nicht einmal einer Milliarde Euro veranschlagt worden. 2008 wurden von